



JUNGE UNION
BADEN-WÜRTTEMBERG



JUNGE UNION
HESSEN

Schwarz-Grün – eine Verbindung mit Zukunft?

Beschluss der gemeinsamen Vorstandssitzung
der JU Baden-Württemberg und der JU Hessen
am 28./29. Juni 2014 in Frankfurt am Main

1 Wäre in den Anfangsjahren der Grünen eine Koalition mit der CDU für beide Seiten völlig undenk-
2 bar gewesen, haben die Etablierung der Grünen im Parteiensystem und die Schwäche der FDP dazu
3 geführt, dass schwarz-grüne Bündnisse zunächst in den Kommunen, zuletzt aber auch auf Länder-
4 ebene in Hamburg und nun in Hessen die Regierung stellen. Doch kann Schwarz-Grün auch eine
5 Option für Baden-Württemberg und für den Bund sein? Ist eine schwarz-grüne Koalition nur Not-
6 nagel zur Umsetzung christdemokratischer Inhalte, oder kann daraus auch eine dauerhaft kon-
7 struktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit erwachsen? Mit diesen Fragen befassen wir uns im
8 folgenden Papier.

9 **1. Zur Geschichte von Schwarz-Grün**

10 Zwar waren an der Gründung der Grünen auch konservative Umweltpolitiker beteiligt, doch setzte
11 sich bei deren Festigung rasch der linke Parteiflügel durch. Mit dem Einzug der Grünen in den
12 Bundestag 1983 und der Bildung der ersten rot-grünen Landesregierung in Hessen 1985 erweiterte
13 sich das jahrzehntelang bewährte Dreiparteiensystem der Bundesrepublik um eine vierte Partei.
14 Nachdem zuvor die möglichen Koalitionskonstellationen alle auch praktisch umgesetzt worden
15 waren, erwies sich nun die inhaltliche Kluft zwischen CDU und Grünen jedoch als zu groß, zumal
16 sich selbst die SPD anfangs mit der neuen Partei schwertat und sich aus der gewachsenen Zahl an
17 Koalitionsmöglichkeiten allgemein eine verstärkte Auswahl des Partners nach dessen inhaltlicher
18 Ausrichtung ergab.

19 Die so genannte „Pizza-Connection“ führte in den 1990er Jahren zu ersten intensiveren, wenn auch
20 informellen schwarz-grünen Kontakten auf Bundesebene, zugleich kam es zu den ersten kommunalen
21 schwarz-grünen Bündnissen. Nach der Jahrtausendwende wurde immer öfter auch im Rahmen
22 von Landtagswahlen ein solches Zusammengehen diskutiert. Von 2008 bis 2010 kam dann in Ham-
23 burg eine erste kurzlebige schwarz-grüne Koalition auf Länderebene zustande, die schließlich von
24 den damals noch als Grün-Alternative Liste (GAL) firmierenden Hamburger Grünen zugunsten von
25 Neuwahlen aufgekündigt wurde: Den Umfragen zufolge hatte sich der Anteil der potentiellen
26 CDU-Wähler fast halbiert, sodass sich der GAL andere Machtoptionen boten. Dieses Kalkül ging
27 jedoch nicht auf: Dank einer absoluten Mehrheit regiert die SPD seither Hamburg allein.

28 **1.1. Schwarz-Grün in Hessen**

29 Seit Januar 2014 besteht in Hessen nun die erste schwarz-grüne Koalition in einem deutschen Flä-
30 chenland. Das bisherige schwarz-gelbe Bündnis hatte seine Mehrheit verloren, und da die SPD er-
31 neut mit Rot-Rot-Grün liebäugelte, entschied sich die CDU schließlich für ein Koalitionsangebot an
32 die Grünen, mit denen sie im Landeswohlfahrtsverband schon länger erfolgreich zusammenarbei-
33 tete. Auch auf kommunaler Ebene – etwa in Form von Schwarz-Grün in Frankfurt oder Grün-
34 Schwarz in Darmstadt – hatte sich diese Verbindung bereits bewährt. In einigen entscheidenden
35 Sachfragen, wie der Beibehaltung von G8 in der Schulpolitik, waren die Grünen der CDU zudem
36 näher als die SPD.

37 Im Gegensatz zur Großen Koalition auf Bundesebene wird die Arbeit von Schwarz-Grün in Hessen
38 von der Öffentlichkeit ebenso wie parteiintern als sehr reibungslos und professionell wahrgenom-
39 men. Dies bestätigt auch die einzige repräsentative Wahlumfrage seit der Landtagswahl aus dem
40 März, die für beide Parteien leichte Steigerungen in der Wählergunst verzeichnete – in deutlichem
41 Gegensatz zur SPD. Auch das Bündnis insgesamt ist demnach so beliebt wie lange keine Koalition
42 zuvor.

43 Nachdem bereits während der Koalitionsverhandlungen keine kritischen Worte nach außen dran-
44 gen, zeugt auch die Abfassung des Koalitionsvertrags von hoher Professionalität. Dies zeigt sich
45 etwa darin, dass Verhandlungsergebnisse, die den Grundüberzeugungen desjenigen Koalitions-
46 partners widersprachen, in dessen Verantwortung sie später kamen, deutlich ausführlicher und
47 präziser festgehalten sind als solche, bei denen abzusehen war, dass Minister und Staatssekretär
48 auch persönlich davon überzeugt sein würden. Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur etwa, der zum
49 Ministerium von Tarek Al-Wazir (Grüne) gehört, ist das Thema Autobahnbau sehr detailliert ausge-
50 führt, während die geplanten Neubaumaßnahmen bei der Schieneninfrastruktur nur stichpunkt-
51 artig dargestellt sind. In der Praxis führt dies dazu, dass sich die Ministerien zur Zufriedenheit des
52 Koalitionspartners den präzise festgehaltenen Vereinbarungen verpflichtet fühlen – so forderte
53 Staatsminister Al-Wazir etwa bereits mehr Geld vom Bund für den Autobahnbau in Hessen.

54 **1.2. Schwarz-Grün in Baden-Württemberg**

55 Auch in Baden-Württemberg gab es bereits Anläufe zur schwarz-grünen Zusammenarbeit: 1992
56 fanden nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der CDU erste Gespräche mit den Grünen statt.
57 Diese Verhandlungen mündeten aber in eine große Koalition. Das Heimatland der Grünen Realos
58 bot also bereits früh Raum für erste Gespräche. 2006 wurden dann unter Günther H. Oettinger und
59 Winfried Kretschmann wiederum Sondierungen geführt. Die Möglichkeit, Schwarz-Gelb fortzuführen,
60 schien aber der Union die sicherere Bank, zumal es zu den Grünen auch stärkere inhaltliche
61 Differenzen gab.

62 Waren sich CDU und Grüne im Jahr 2006 noch sehr nahe, änderte sich diese Situation bis zum Jahr
63 2011 fundamental. Insbesondere die heftige Eskalation um das Bahnprojekt Stuttgart 21 und der
64 gerade von Baden-Württemberg massiv vorangetriebene Ausstieg aus dem Ausstieg bei der Kern-
65 energie durch die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung ließen alle schwarz-grünen Zuneigun-
66 gen aus dem Jahr 2006 plötzlich wie Relikte aus der tiefsten Vergangenheit erscheinen. Das Ato-
67 munglück von Fukushima änderte daran auch nicht mehr viel, besiegelte aber zusammen mit ande-
68 ren Ereignissen das vorläufige Ende der damals erfolgreichsten Landesregierung Deutschlands.

69 Im Hinblick auf ein mögliches schwarz-grünes Bündnis nach der Landtagswahl 2016 gibt es noch
70 viele Unsicherheiten, jedoch deutlich weniger Koalitionshindernisse als beispielsweise im Jahr
71 2011. Dies liegt jedoch vor allem daran, dass gewisse Themen wie die Kernkraft – durch den end-
72 gültigen Atomausstieg – und Stuttgart 21 – durch positiven Volksentscheid und unumkehrbaren
73 Baufortschritt – sich ein für alle Mal erledigt haben. Auch in der Bildungspolitik sowie der Hoch-
74 schulfinanzierung dürften aufgrund der Rahmenbedingungen die Gegensätze zwischen Schwarz
75 und Grün deutlich geringer sein als in der Vergangenheit. Schwarz-Grün unter Führung einer star-
76 ken CDU könnte daher nach 2016 Stabilität ermöglichen und einige Fehlentwicklungen der letzte
77 Jahre in Baden-Württemberg korrigieren.

78 **2. Jede Koalition ist ein Bündnis auf Zeit**

79 Es ist Ziel eines jeden Wahlkampfes das bestmögliche Ergebnis für die CDU zu erreichen. Koalitions-
80 verhandlungen beginnen am Tag nach der Wahl. Dabei sollte die Union, wenn sie auch künftig den
81 Anspruch zu regieren und gestalten hat, keine Koalitionsoptionen verbauen. Denn die Schwäche der
82 FDP und die nicht tragbaren Inhalte und Personen seitens der AfD zwingen die Union zu einem
83 Umdenken in Richtung Schwarz-Grün, wenn wir weiterhin Koalitionsoptionen neben der großen
84 Koalition haben möchten.

85 **2.1. Werte und Gesellschaftsbild**

86 Sowohl die CDU als auch die Grünen sind, was ihre Werte angeht, keine homogene Masse. Bei den
87 Grünen zeigt sich das in der klassischen Spaltung in „Fundis“ und „Realos“, die nach wie vor von
88 Bedeutung ist. Bei der Union sind die wirtschaftspolitischen Flügel in Form von CDA und MIT insti-
89 tutionalisiert, wobei beide in den letzten Jahren an Bedeutung verloren haben. Gleichzeitig findet
90 sich hier aber auch eine große Heterogenität in gesellschaftspolitischen Fragen, wie sie sich etwa
91 in der kontroversen Diskussion um die Gleichstellung homosexueller Partnerschaften am Bundes-
92 parteitag 2012 gezeigt hat.

93 Dennoch lässt sich für die Union sagen, dass der Modernisierungskurs der letzten Jahre die Öff-
94 nung zu den Grünen hin erleichtert hat. Der Atomausstieg, die Abschaffung der Wehrpflicht, der
95 Ausbau der Kinderbetreuung und Änderungen in der Umweltpolitik – man erinnere sich an die
96 zeitweilige „Klima-Kanzlerin“ – sind hier nur einige Beispiele. Doch auch die Grünen haben sich
97 bewegt: Frühere unüberbrückbare Hindernisse mit den Grünen in der Außen- und Sicherheitspoli-
98 tik sowie Grundsatzfragen zur Existenz der Bundeswehr und dem Verbleib der BRD in der NATO
99 sind seit der Regierung Schröder/Fischer Geschichte.

100 Natürlich bleiben hier Differenzen, etwa in der Frage der Erweiterung der Europäischen Union. Die
101 Union lehnt einen EU-Beitritt der Türkei zu Recht ab und präferiert eine privilegierte Partnerschaft.
102 Die Grünen dagegen sind für einen EU-Beitritt der Türkei. Ebenso lehnen CDU/CSU die generelle
103 doppelte Staatsbürgerschaft ab, während die Grünen seit eh und je ihre Einführung fordern. In der
104 Innenpolitik stehen tendenziell CDU und SPD auf der einen und Grüne und FDP auf der anderen
105 Seite, etwa bei Themen wie der Videoüberwachung und der Kennzeichnungspflicht für Polizisten.

106 Doch in ihrem jeweiligen „Markenkern“ sind sich CDU und Grüne untereinander vielleicht sogar
107 ähnlicher als sie es jeweils mit der SPD sind: Das zentrale Anliegen der Grünen, der Umweltschutz,
108 findet sich bei der Union unter dem Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“ wieder, während die
109 SPD – von den Grünen als „Kohle-Partei“ diffamiert – dem Arbeitsplatzverlust ihrer Kernklientel
110 eine höhere Priorität einräumt. Umgekehrt findet sich der Kern der Christdemokratie, das christli-
111 che Menschenbild, aus dem z.B. das Subsidiaritätsprinzip und die Generationengerechtigkeit fol-
112 gen, wenigstens bei den realpolitisch orientierten Grünen eher wieder als bei den Sozialdemokra-
113 ten, bei denen eher die Überzeugung vorherrscht, dass der Staat alles regeln soll – ohne Rücksicht
114 auf die Finanzierung.

115 **2.2. Wirtschaft und Finanzen**

116 Vor allem die Tatsache, dass die Grünen die Agenda 2010 mit den Hartz-Reformen im Vergleich
117 zur SPD ohne innere Zerreißprobe und großes Murren mitgetragen haben, kann für die sozialpoli-
118 tischen Herausforderungen nach 2017 ein wichtiger Koalitionsgrund sein. Denn ohne eine starke
119 FDP kann der momentane Rentenwahnsinn der Großen Koalition nur mit den Grünen einigerma-
120 ßen verbessert werden. Haushaltskonsolidierung, Schuldenabbau und eine Entlastung der Mittel-
121 schicht sind ebenfalls auch mit den Grünen eher umzusetzen als mit der SPD.

122 Auch dort, wo es Differenzen gibt, ist in diesem Bereich mit eher geringem Widerstand der Grünen
123 zu rechnen: Nach markigen Worten zu Beginn seiner Amtszeit hat auch ein Winfried Kretschmann
124 verstanden, dass er auf die Autoindustrie in Baden-Württemberg nicht einfach verzichten kann.

125 **2.3. Bildung und Wissenschaft**

126 Die Bildungspolitik ist ein klassisches Beispiel, an dem sich der Gegensatz der Unionsparteien, die
127 vom einzelnen Menschen her denken, zur sozialdemokratischen Gleichmacherei zeigt: Die baden-
128 württembergische Gemeinschaftsschule etwa ist eine sozialdemokratische Idee, während der Er-
129 halt des gegliederten Schulsystems und besonders der Gymnasien den Wählern von CDU und Grü-
130 nen gleichermaßen am Herzen liegt. Dabei wäre eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 sicher-
131 lich nicht nur in Hessen, sondern auch in Baden-Württemberg mit beiden Parteien zu machen.

132 Gefahr besteht hier eher in dem Wunsch der Grünen, die Bevölkerung – und insbesondere die Kin-
133 der und Jugendlichen – stärker in ihrem Sinne zu „erziehen“. Dies zeigt sich in Baden-Württemberg,
134 wo die Grünen die sexuelle Vielfalt als herausgehobenes Leitprinzip im Unterricht quer über alle
135 Fächer verankern wollten. Dies zeigt sich aber auch in Niedersachsen, wo Rot-Grün Gentechnik-
136 Labore an Schulen geschlossen hat, weil offenbar nicht gewünscht war, dass das Thema fundiert
137 und kontrovers diskutiert wird, sondern die Ablehnung der Gentechnik zum Bildungsinhalt ge-
138 macht werden soll. Eine Einschränkung der Wissenschaftlichkeit und der freien Meinungsbildung,
139 die über die durch das Grundgesetz gesetzten Grenzen hinausgeht, hat jedoch in der Schule und an
140 den Hochschulen nichts verloren!

141 **2.4. Umwelt, Verkehr und Landwirtschaft**

142 Da das große Streitthema Kernkraft erledigt ist, die Energiewende ihren Lauf nimmt, die Endlager-
143 suche für radioaktive Abfälle im Konsens verläuft, halten sich die einst unüberbrückbaren schwarz-
144 grünen Hindernisse der Vergangenheit einigermaßen in Grenzen. Die Verkehrspolitik ist jedoch
145 ein Thema, bei dem sich CDU und Grüne eher schwer einig werden.

146 Raum für Konflikte gibt es freilich weiterhin: Neue Technologien wie Fracking, CCS und die grüne
147 Gentechnik werden von der Union zwar auch nicht ohne Skepsis betrachtet, im Gegensatz zu den
148 Grünen stehen CDU und CSU der Forschung an sich immer aufgeschlossen gegenüber. Das muss
149 auch künftig so bleiben. Denkverbote darf es nicht geben. Die Belange der Verbraucher im Span-
150 nungsfeld zwischen gesunder und bezahlbarer Ernährung zu berücksichtigen scheint wiederum
151 auch mit den Grünen machbar. Damit sollten konventionelle und biologische Landwirtschaft wei-
152 terhin ihre jeweilige Daseinsberechtigung auch in schwarz-grünen Koalitionen haben, zumal auch
153 in der Union die Bewahrung der Schöpfung, etwa beim Tierschutz in der Landwirtschaft, immer
154 wichtiger wird.

155 **3. Zusammenfassung und Ausblick**

156 Generell muss man sehen, dass es sich bei den Grünen – noch stärker als bei der SPD – um eine
157 Programmpartei handelt. In diesem Zusammenhang sollte die Union die Fehler von 2013 nicht
158 wiederholen, mit zu wenigen eigenen Forderungen über den Erhalt des Status Quo hinaus in den
159 Bundestagswahlkampf 2017 zu ziehen. Mindestlohn und Rente mit 63 sind auch das Ergebnis von
160 zu wenig aufgebauter Verhandlungsmasse seitens der Union im Vorfeld der Wahl. Beherzigt man
161 diese Dinge, wäre ein schwarz-grünes Regierungsbündnis in Berlin durchaus realistisch und in der
162 Lage, einige bevorstehende Fehlentwicklungen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme wie die
163 Rente mit 63 schnell zu korrigieren.